

*Arbeitstagung zur kirchlichen Zeitgeschichte in Salzburg
am 3. und 4. Oktober 1988*

Auf Anregung von Universitätsdozent Dr. Karl Schwarz trafen sich zum ersten Mal österreichische Zeitgeschichtler mit der Ev. Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Zeitgeschichte. Schwarz begrüßte zunächst die Teilnehmer/innen, unter ihnen auch Wissenschaftler aus der DDR, und verlas ein Grußwort des Wiener Bischofs Dieter Knall.

Das Treffen stand im Jahr der 50. Wiederkehr der Reichspogromnacht unter Fragestellungen, die sich besonders mit der Stellung der Juden in Österreich und ihrem Schicksal seit 1938, aber auch mit allgemeinen Problemen der österreichischen kirchlichen Zeitgeschichtsforschung befaßten.

Zur Eröffnung referierte Professor Dr. Ernst Hanisch (Salzburg) über "Das katholisch-ländliche Milieu während des Nationalsozialismus in Österreich". Ausgehend vom Milieubegriff hob Hanisch hervor, in wie starkem Maße dieses Milieu in den Alpengebieten das Verhalten und die Mentalität der bäuerlichen Bevölkerung dominierte. Je stärker die Sozialisationskraft der Kirche wirkte, desto schwerer war es, nationalsozialistisches Gedankengut vollständig durchzusetzen. Dies schloß allerdings nicht aus, daß diese Ideologie partiell nicht auch gutgeheißen worden wäre. Gerade die Person Hitlers beurteilte man durchaus positiv. Resistent verhielten sich die Menschen in den Dörfern nur dann, wenn es um die ureigensten Belange der Kirche ging, etwa bei der Auseinandersetzung um die Entfernung der Kreuze aus öffentlichen Räumen. Einig war man sich mit den neuen Machthabern jedoch in der Verachtung und den Ressentiments gegenüber den Juden. Ausschreitungen gegen Juden ereigneten sich auf dem Lande allerdings kaum, nicht zuletzt deshalb, weil die Juden fast ausschließlich in der Hauptstadt Wien lebten. Dort aber lief die Pogromnacht vom 9./10. November 1938 teilweise schlimmer ab als im Altreich.

Hanisch wies im Zusammenhang mit dem Schicksal der Juden darauf hin, daß es einen starken katholischen Antisemitismus gab, aber auch einen Kardinal Innitzer, der den Juden half. Inwieweit der Befund, den Hanisch lieferte, auch für das protestantisch-ländliche Milieu zutrifft - dieses gab es freilich nur in Form kleiner geschlossener Siedlungen in Kärnten, im Burgenland und in Oberösterreich - ist noch zu untersuchen.

Lediglich als Manuskripte lagen die beiden Referate von Superintendent Universitätsdozent Dr. Gustav Reingrabner (Eisenstadt) über "Strukturelle Probleme der Leitung der evangelischen Kirche in Österreich in den Jahren 1938 bis 1945" und von Dr. Herbert Unterköfler (Wien) über "Die Evangelische Kirche in Österreich und ihre Judenchristen" vor, da beide Referenten am Erscheinen verhindert waren.

Unterköfler geht in seinen Ausführungen sehr kritisch mit seiner Kirche ins Gericht und wirft ihr mangelnde Solidarität mit den nichtarischen Christen vor, wiewohl seit der Mitte der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts eine ständige Übertrittsbewegung vom Judentum zur evangelischen Kirche festgestellt werden kann, die erst 1938 mit dem kirchlichen Taufverbot konversionswilliger Juden abrupt zum Stillstand kommt. Insgesamt wird man wohl von mehr als 10 000 rassistisch verfolgten evangelischen Christen ausgehen dürfen. "Die Attraktivität" - so schreibt Unterköfler - "des evangelischen Bekenntnisses für konversionswillige Juden (ist) wohl vornehmlich im individualistischen Gepräge evangelischer Kirchlichkeit zu suchen". Dies hatte aber auch zur Folge, daß sich die Kirche der konvertierten Juden niemals besonders annahm und damit andererseits deren Assimilationsbestrebungen entgegenkam.

Seit dem Sommer 1919 trug sich die Schwedische Israel-Mission mit dem Gedanken, auch in Wien tätig zu werden. Deren Aktivitäten aber blieben in der Folgezeit nicht ohne Widerspruch, besonders deshalb, weil sie sich sehr auf die Mission unter den Kindern konzentrierte. Innerhalb der Kirche

verstärkte sich der Antisemitismus in einem solchen Maße, daß die Taufgemeinschaft mit den Judenchristen bereits in Frage gestellt wurde. Die Israel-Mission förderte diesen Trend noch durch die Entstehung von Personalgemeinden und trieb damit die Judenchristen in die Ghettoisierung. Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich sah sich der Leiter der Israel-Mission, Friedrich Joachim Forell gezwungen zu fliehen.

Die evangelische Kirche war unterdessen bereit, den Wünschen und Forderungen der neuen Machthaber nach Ausschaltung der judenchristlichen Bürger entgegenzukommen, besonders in der Frage der Konversionsmöglichkeit und der Eheschließung von Juden. Der Präsident des Ev. Oberkirchenrats Robert Kauer hatte sich namens der Kirche schon früh von der Schwedischen Israel-Mission distanziert, löste den Verein "Bund für Christen und Israel" auf und gestattete, daß der Arierparagraph in die Statuten des "Evangelischen Bundes" und des "Gustav-Adolf-Vereins" übernommen wurde. Erst Bischof Hans Eder korrigierte diese Politik der totalen Anpassung gegenüber dem nationalsozialistischen Staat etwas. Dennoch konnte es passieren, daß Gemeindegliedern, die den gelben Stern trugen, in Wien etwa der Zutritt zum Gottesdienst verwehrt wurde.

Unterköfler resümiert so auch: "Wohl haben evangelische Pfarrer und Laien vereinzelt mutige Zeichen gesetzt, doch zu einem von der Kirche getragenen Widerstand gegen die nationalsozialistische Judenvernichtung konnten sie nicht ausreifen."

Mit den "Strukturellen Problemen der Leitung der Evangelischen Kirche in Österreich in den Jahren 1936 bis 1945" beschäftigt sich Gustav Reingrabner.

Die Inbesitznahme Österreichs durch die Nationalsozialisten hatte auch kirchenrechtliche Folgen. Das Protestantentum von 1861 hatte zwar kein landesherrliches Kirchenregiment, aber ein landesfürstliches Oberaufsichts- und Verwaltungsrecht proklamiert. Der Ev. Oberkirchenrat galt nach dem

Staatsgrundgesetz von 1867 als kaiserliche Institution, nach dem Ende der Monarchie wurde er eher als staatliches Organ angesehen. Die Regierung des "Bundesstaates Österreich" legte die Kirchenverfassung seit 1934 zunehmend restriktiv aus und verfolgte damit grundsätzlich das Ziel, die Protestanten aus den staatstragenden Gruppen zu verdrängen; begründet wurde diese Haltung unter anderem mit dem Verweis auf die deutschnationalen Neigungen bei einem Großteil der österreichischen Evangelischen. Nach dem Anschluß Österreichs an das Reich wurde der alte Oberkirchenrat beurlaubt und schließlich durch die Übergangsregierung Seyß-Inquart neu besetzt. Die Generalsynode aber wurde wegen staatlichen Einspruchs bis 1945 nicht mehr einberufen, was zu einer gewissen Lähmung der Kirchenleitung führte.

Mit dem "Gesetz über die Rechtsstellung des evangelischen Oberkirchenrats in Wien" vom 8. Mai 1939 wurde der Oberkirchenrat zur Kirchenbehörde erklärt; damit blieb das Verhältnis zwischen Staat und Kirche sozusagen in einem "Schwebezustand", der für die Kirche zwar eine gewisse Eigenständigkeit, aber andererseits auch eine juristisch nicht fixierte Position bedeutete. Die schädlichen Konsequenzen dieses unklaren Rechtsverhältnisses wurden dadurch gemildert, daß es in Österreich zwar kirchenpolitische Parteien, aber keinen Kirchenkampf gegeben hat. Trotz aller Schwierigkeiten sowie versuchter und tatsächlich erfolgter Eingriffe des Staates (Bischofseinsetzung, Aufbau einer Reichskirche, Finanzabteilung) gelang es doch, die österreichische Kirche intakt zu erhalten. Die strukturellen Probleme aber konnten letztlich erst durch das Bundesgesetz über "äußere Rechtsverhältnisse der Evangelischen Kirche in Österreich" vom 6. Juli 1961 gelöst werden.

Dozent Dr. Hartmut Ludwig (Berlin/DDR) referierte über das "Büro Pfarrer Grüber in der Zeit von 1938-1940". Seit dem frühen Sommer 1938 betreute der Pfarrer aus Berlin-Kaulsdorf im Auftrag der Bekennenden Kirche nichtarische Christen. Deren Situation war besonders schwierig, denn diese getauften Juden galten den Glaubensjuden als abtrünnig, sie wurden aber auch von ihrer Kirche nicht soli-

darisch aufgenommen. Ihr im Juli 1933 gegründeter "Reichsverband nichtarischer Christen" hatte im Vergleich zur "Reichsvertretung der Juden in Deutschland" unter Rabbiner Leo Baeck weitaus weniger Mitglieder und keinerlei Einfluß. Grübers Arbeit wurde nicht nur durch die mißtrauische Beobachtung durch die Gestapo erschwert, sondern auch durch die mangelnde Bereitschaft der europäischen Länder, Juden aufzunehmen. Dies machte besonders die internationale Flüchtlingskonferenz deutlich, die im Juli 1938 in Evian am Genfer See stattfand.

Das "Büro Grüber" hatte kaum seinen Aufbau abgeschlossen, als seine Weiterarbeit schon wieder in Frage gestellt wurde. Die Erfolge des SS-Untersturmführers Adolf Eichmann bei der Vertreibung der Juden aus Österreich - 5000 in drei Monaten - veranlaßten den Chef der Sicherheitspolizei und des SD Reinhard Heydrich, nach dem Novemberpogrom die Errichtung einer vergleichbaren "Vertreibungszentrale" für das Altreich vorzuschlagen. Im Februar 1939 wurde dann innerhalb des Reichsinnenministeriums die "Reichszentrale für jüdische Auswanderung" gegründet, die Heydrich leitete. Daneben entstand die "Reichsvereinigung der Juden in Deutschland", in der alle Rassejuden zwangsweise Mitglieder werden mußten. Damit hatte das NS-Regime die Auswanderung der Juden ganz unter seine Kontrolle gebracht; die christlichen Hilfsstellen waren jetzt nur noch "Sonderabteilungen", sie unterstanden zunächst dem Referenten für jüdische Angelegenheiten des Gestapa Kurt Lischka und nach der Gründung des Reichssicherheitshauptamtes im September 1939 dem Sonderreferenten für Judenangelegenheiten Eichmann. Das "Büro Grüber" konnte, dennoch von Dezember 1938 bis August 1939 etwa 1700 bis 2000 Personen zur Auswanderung verhelfen.

Mit Kriegsbeginn wurde die Situation immer schwieriger. Grüber wurde nach Differenzen mit der Gestapo schließlich am 19. Dezember 1940 verhaftet und später in das KZ Sachsenhausen gebracht. Sein Stellvertreter Pfarrer Werner Sylten wurde mit der Liquidation des Büros beauftragt. Dies geschah am 1. Februar 1941. Es gelang ihm zunächst noch, die seelsorgerliche Betreuung der nichtarischen Christen

aufrechtzuerhalten, jetzt unter dem Namen "Evangelisches Hilfswerk". Am 27. Februar 1941 wurde auch er verhaftet; das war das endgültige "Aus" für das "Büro Grüber". Die illegale Hilfe für die Rasseverfolgten übernahmen nun - soweit dies überhaupt noch möglich war - "furchtlose Frauen", nämlich Gertrud Staewen, Helene Jacobs, Bolette Burckhardt, zur Seite standen ihnen einige Pfarrer der Bekennenden Kirche.

Am Dienstagmorgen sprach nach der Begrüßung durch den Leiter des Internationalen Forschungszentrums Salzburg auf dem Mönchsberg, Professor Franz-Martin Schmölz, Professor Dr. Heinz Eduard Tödt (Heidelberg) über "Die antisemitischen Novemberverbrechen von 1938 und der deutsche Protestantismus. Theologische und ideologische Voraussetzungen für die Hinnahme des Judenpogroms" (vgl. den Abdruck S. 4ff.).

Abschließend referierte Professor Dr. Kurt Meier (Leipzig) über "Protestantismus und 'Endlösung der Judenfrage'. Ereignisse und problemgeschichtliche Aspekte". Zunächst wies Meier darauf hin, daß die Bekennende Kirche im September 1935 nicht gegen die Rassengesetze Hitlers protestierte, vor allem deshalb, um die eigene Existenz nicht zu gefährden; beschlossen wurden lediglich Hilfen für die Judenchristen, dabei sollten die jüdischen Organisationen zunächst für die Auswanderung sorgen.

Seit 1942 konnte die Kirche dann aber zunehmend ihren Einfluß geltend machen aufgrund eines volkskirchlichen Konsolidierungsprozesses; jetzt kam es auch zu kirchlichen Protesten gegen Massenmorde im Zweiten Weltkrieg.

In einem zweiten Abschnitt ging Meier auf die unterschiedlichen wissenschaftlichen Ansätze zur Erforschung der nationalsozialistischen Politik der Endlösung ein. Hier stehen sich intentionalistischer und funktionalistischer Ansatz gegenüber. Während Wissenschaftler wie Eberhard Jäckel und Ernst Nolte die These vertreten, daß die Massenmorde an den Juden von Anfang an geplant gewesen seien und in der Führerfigur Hitler alle Fäden zusammenliefen, gehen Vertre-

ter der anderen Richtung wie Martin Broszat oder Hans Mommsen davon aus, daß es keine monokausale weltanschauliche Verbindung und keinen eindeutig belegten Vernichtungsbefehl Hitlers gegeben, sondern vielmehr die nationalsozialistische Judenpolitik eine kumulative Radikalisierung erfahren habe.

Zuletzt behandelte Meier verschiedene jüdische Deutungsmuster für den Holocaust. Er hob dabei hervor, daß von jüdischer Seite der Holocaust auch als "Zuchtrute für die Sünden des Zionismus" angesehen und damit die christliche Schuld relativiert werde. Insgesamt habe das Trauma von Auschwitz so auch keine spezifische Auschwitz-Theologie hervorgebracht.

Gertraud Grünzinger-Siebert

Kirche jenseits des Eisernen Vorhangs

Vom 13. bis 15. November 1988 veranstaltete die Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung in ihrer Tagungsstätte Wildbad Kreuth eine Tagung zum Thema "Kirche jenseits des Eisernen Vorhangs". Dabei sollte in ausgewählten Bereichen deutlich gemacht werden, daß die christlichen Kirchen aller Konfessionen im kommunistischen Machtbereich nach wie vor mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, die allein durch die Verkündung des "Neuen Denkens" durch Generalsekretär Gorbatschow noch keinesfalls behoben sind. Den Worten müssen erst entscheidende Taten folgen, und zwar gerade auf dem Feld der im Gefüge der Menschenrechte zentralen Religionsfreiheit.

Dies wurde besonders deutlich in dem Referat von Dr. Gerd Stricker (Institut "Glaube in der Zweiten Welt", Zollikon-CH), das einen Rückblick auf die Ereignisse in der Sowjetunion anläßlich der Millenniumsfeiern zur Taufe der Kiewer Rus versuchte. Abgesehen von der üblichen Ge-